



Geschäftsführung Verkehrsausschuss

Frau Krause

Telefon: (0221) 221-25909

Fax: (0221) 221-24447

E-Mail: angela.krause@stadt-koeln.de

Datum: 21.07.2010

Niederschrift

über die **8. Sitzung (2. Sondersitzung) des Verkehrsausschusses** in der Wahlperiode 2009/2014 am Dienstag, dem 13.07.2010, 14:02 Uhr bis 14:33 Uhr, Rathaus Spanischer Bau, Heinrich Böll Saal (Raum-Nr. B 120)

Anwesend waren:

Vorsitzender

Herr Manfred Waddey GRÜNE

Stimmberechtigte Mitglieder

Herr Peter Kron	SPD	
Herr Horst Noack	SPD	
Frau Susana dos Santos Herrmann	SPD	
Herr Jörg van Geffen	SPD	
Herr Bürgermeister Hans-Werner Bartsch	CDU	
Herr Henk Benthem van	CDU	
Herr Lars Möller	CDU	(ab 14.04 Uhr)
Herr Karsten Möring	CDU	(ab 14.04 Uhr)
Frau Bettina Tull	GRÜNE	
Herr Andreas Wolter	GRÜNE	(ab 14.04 Uhr)
Frau Christraut Kirchmeyer	FDP	
Herr Karel Sen. Schiele	pro Köln	

Mitglieder mit beratender Stimme nach § 58 Absatz 1 Satz 7 bis 12 Gemeindeordnung Nordrhein-Westfalen

Herr Peter Arenz Die Linke.

Sachkundige Einwohnerinnen und Einwohner mit beratender Stimme

Herr Christian Joisten	SPD	(ab 14.04 Uhr)
Herr Oliver Czernik	auf Vorschlag der CDU	
Herr Ferdinand Schmitz	auf Vorschlag der CDU	
Herr Thomas Werner	auf Vorschlag der CDU	
Herr Lino Hammer	auf Vorschlag der Grünen	

Frau Carola Steiner	auf Vorschlag der Grünen
Herr Hans-Peter Vietzke	auf Vorschlag der Grünen
Herr Hans Edgar Preckel	auf Vorschlag der FDP
Herr Waldemar Staudenherz	auf Vorschlag pro Köln
Herr Franz-Albert Krämer	auf Vorschlag die Linke.Köln

Sachkundige Einwohnerinnen und Einwohner nach § 22 und § 23 der Hauptsatzung

Herr Dieter Pannecke		
Frau Yeliz Karadeli-Yasar	KL	(ab 14.07 Uhr)

Verwaltung

Herr Jörg Bambeck	Dezernat Planen und Bauen
Herr Klaus Harzendorf	Amt für Straßen und Verkehrstechnik
Herr Gerd Neweling	Amt für Brücken und Stadtbahnbau
Herr Beigeordneter Bernd Streitberger	Dezernat Planen und Bauen

Gäste

Herr Gunther Höhn	KVB AG
-------------------	--------

Schriftführerin

Frau Angela Krause	Dezernat Planen und Bauen
--------------------	---------------------------

Presse

Zuschauer

Ausschussvorsitzender Waddey eröffnet die 8. Sitzung/2. Sondersitzung des Verkehrsausschusses und begrüßt die Anwesenden. Vor Eintritt in die Tagesordnung weist er darauf hin, dass diese wie folgt **ergänzt** werden soll:

I. Öffentlicher Teil

**3 Anfrage der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen vom 09.07.2010 betreffend
Kitschburger Straße
AN/1364/2010
Tischvorlage**

Stellungnahme der Verwaltung
2990/2010
Tischvorlage

Als weitere **Tischvorlagen** liegen Auszüge aus den Niederschriften der Bezirksvertretungen Innenstadt und Rodenkirchen zum TOP

- 1 **2. Baustufe Nord-Süd Stadtbahn;
Querung der Rheinuferstraße mit einer Verkehrssignalanlage**
1889/2010
II. Durchgang

vor.

Der TOP

- 2 **Umbau der Stadtbahnhaltestelle Margaretastraße
hier: Planungsbeschluss für die geänderte Lage der Haltestelle**
2456/2010

werde **zurückgezogen**, da die BV Ehrenfeld der Vorlage uneingeschränkt zugestimmt habe und somit auf einen 2. Durchgang im hiesigen Ausschuss verzichtet werden könne.

Ausschussvorsitzender Waddey bittet zudem, den TOP „Mündliche Anfragen“ in die Tagesordnung aufzunehmen.

Der Ausschuss ist mit diesen Ergänzungen einverstanden und beschließt demnach folgende

Tagesordnung

I. Öffentlicher Teil

Vorberatungen (Beschlussorgan Rat oder anderer Ausschuss)

- 1 2. Baustufe Nord-Süd Stadtbahn;
Querung der Rheinuferstraße mit einer Verkehrssignalanlage
1889/2010

Änderungsantrag der CDU-Fraktion vom 29.06.2010
AN/ 1313/2010

- 2 Umbau der Stadtbahnhaltestelle Margaretastraße
hier: Planungsbeschluss für die geänderte Lage der Haltestelle
2456/2010

Anfragen gem. § 4 der Geschäftsordnung des Rates

- 3 Anfrage der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen vom 09.07.2010 betreffend
Kitschburger Straße
AN/1364/2010

Stellungnahme der Verwaltung
2990/2010

Mündliche Anfragen

- 4.1 Oberflächengestaltung Heumarkt
Anfrage des RM Tull
- 4.2 Zuwegung zur U-Bahnhaltestelle Rathaus/Rotes Haus
Anfrage des SE Vietzke
- 4.3 Eisenbahnknoten Köln
Appell des RM Möring

I. Öffentlicher Teil

Vorberatungen (Beschlussorgan Rat oder anderer Ausschuss)

1 **2. Baustufe Nord-Süd Stadtbahn; Querung der Rheinuferstraße mit einer Verkehrssignalanlage 1889/2010**

Änderungsantrag der CDU-Fraktion vom 29.06.2010 AN/ 1313/2010

Ausschussvorsitzender Waddey weist darauf hin, dass die Auszüge aus den Bezirksvertretungen Innenstadt und Rodenkirchen als Tischvorlagen vorliegen. RM Möring zieht den Antrag der CDU-Fraktion aus der vergangenen Sitzung zurück.

RM dos Santos Herrmann unterbreitet für die SPD-Fraktion den Vorschlag, im 2. Satz des Beschlussvorschlages die Formulierung „...ein positives Ergebnis für den Stadtbahnbetrieb erzielt wird...“ in „...ein positives Ergebnis aus gesamtverkehrlicher Sicht...“ zu ändern. Es gehe hier nicht allein um den Stadtbahnbetrieb, sondern vielmehr um die Kreuzung, in der Bahn- und Individualverkehr zusammenkämen, und insofern müsse die Gesamtsituation betrachtet werden.

Für die CDU-Fraktion führt RM Möring aus, dass die von der Verwaltung genutzte Formulierung „...positives Ergebnis für den Stadtbahnbetrieb...“ zu unscharf sei. Es gehe hier um die Frage, wie die planfestgestellte Vorrangschaltung der Bahn belassen und gleichzeitig jedoch der Individualverkehr besser gestellt werden könne. Wenn dies mit einer Verkehrssicherungsanlage möglich sein sollte, werde seine Fraktion sich nicht dagegen sperren. Von wesentlichem Interesse sei jedoch, ob hierdurch eine Verbesserung um 1, 2 Sekunden oder eine nennenswerte Verbesserung erzielt werde, die dazu führe, dass die erwarteten Stauerscheinungen über die benachbarten Knoten hinaus reduziert werden können. Aus diesem Grund wolle sich die CDU-Fraktion nicht auf unscharfe Formulierungen einlassen, die Folgebeschlüsse generiere und beantrage daher, die Ergebnisse im hiesigen Ausschuss, ggf. auch in einer Sondersitzung, vorgestellt zu bekommen. Der 2. Satz des Beschlussvorschlages müsse demnach entfallen. Dem Ausschuss bleibe es dann vorbehalten, diese zu bewerten und erst dann die nächsten Schritte einzuleiten bzw. zu beschließen.

RM Tull hält es seitens der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen für selbstverständlich, dass die Ergebnisse des Gutachtens auch im hiesigen Ausschuss vorgestellt werden. Sie gehe zudem davon aus, dass die Untersuchungen bereits vor dem Planfeststellungsverfahren durchgeführt wurden und nun „lediglich“ noch aktualisiert werden müssen. Dem CDU-Antrag könne sie sich anschließen; sie betont jedoch, dass das Gutachten die anvisierte Lösung untermauern und nicht dazu dienen sollte, anderen Lösungen den Vorzug zu geben.

Für die FDP-Fraktion schließt sich RM Kirchmeyer dem Wortbeitrag ihrer Vorrednerin insofern an, als dass sie darauf hinweist, dass den Ausschussmitgliedern bereits im vergangenen Jahr zahlreiche Unterlagen zu dieser Thematik zur Verfügung gestellt

wurden. Einem modifizierten Beschluss unter Streichung des 2. Satzes könne sie sich anschließen.

SE Arenz teilt erneut und nachdrücklich mit, dass die Fraktion DieLinke.Köln sowohl dem Beschlussvorschlag der Verwaltung als auch der Alternative ablehnend gegenüberstehe.

BG Streitberger führt aus, dass es sehr wichtig sei, nun in die laufenden Gespräche mit der Bezirksregierung Köln, der technischen Aufsichtsbehörde sowie dem Zuschussgeber weitere Unterlagen einzubringen, um dem Ziel – eine normale Kreuzung mit einer verkehrsgeregelten Anlage – näher zu kommen. Die Aussichten hierfür stünden gut. Die zum Planfeststellungsverfahren durchgeführten Untersuchungen und Unterlagen müssten nunmehr noch auf ein gemeinsames Niveau gebracht und ggf. geringfügig aktualisiert werden, damit die Beteiligten diese vergleichen können. Gegen den von RM Möring formulierten Ergänzungs- bzw. Änderungsantrag habe er keinerlei Bedenken.

SB Schiele legt dar, dass die Fraktion pro Köln alternativ zur Untertunnelung den sechsspurigen Ausbau befürworte.

Den Wortbeitrag des SB Arenz aufgreifend macht RM Tull deutlich, dass dieser – wie auch einige Bürgerinitiativen – fälschlicher Weise davon ausgehe, dass sowohl der Beschlussvorschlag als auch die Alternative beschlossen werden sollte oder würde. Sie stellt nachdrücklich klar, dass hier kein Automatismus greife und die Alternative nur dann zum Tragen käme, wenn der entscheidungsbefugte Rat dies beschließen würde.

Ausschussvorsitzender Waddey fasst die mündlich vorgetragenen Änderungsanträge der SPD- und der CDU-Fraktion zusammen.

RM Möring betont abschließend erneut, dass durch die Beschlussfassung kein Automatismus in Gang gesetzt werden dürfe. Die Bewertung des Gutachtens und somit die Entscheidung der weiteren Schritte müsse dem hiesigen Ausschuss vorbehalten bleiben.

Mündlich geänderter Beschluss:

Der Verkehrsausschuss empfiehlt dem Rat wie folgt zu beschließen:

Der Rat beauftragt die Verwaltung ein Verkehrsgutachten für die geplante ebenerdige Querungsstelle der Stadtbahn über das Gustav-Heinemann-Ufer zu erstellen und dieses mit der Bezirksregierung Köln, der Technischen Aufsichtsbehörde sowie dem Zuschussgeber abzustimmen. **Die Ergebnisse sind dem Ausschuss vorzustellen und von diesem zu bewerten.** Sofern hierbei ein positives Ergebnis **aus gesamtverkehrlicher Sicht** erzielt wird, beauftragt der Rat die Verwaltung ein Planänderungsverfahren mit einer Verkehrssignalanlage statt der bisher vorgesehenen planfestgestellten BÜSTRA-Anlage durchzuführen und die hierfür erforderliche Finanzierung sicherzustellen.

Abstimmungsergebnis: Mehrheitlich zugestimmt gegen die Fraktion pro Köln

- 2 Umbau der Stadtbahnhaltestelle Margaretastraße
hier: Planungsbeschluss für die geänderte Lage der Haltestelle
2456/2010**

Die Vorlage wurde zurückgezogen.

Anfragen gem. § 4 der Geschäftsordnung des Rates

3 Anfrage der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen vom 09.07.2010 betreffend Kitschburger Straße AN/1364/2010

Stellungnahme der Verwaltung 2990/2010

Die Anfrage sowie die Stellungnahme der Verwaltung wurden als Tischvorlagen zur Sitzung verteilt.

RM Tull äußert ihren Unmut über die Tatsache, dass ein vor vielen Jahren gefasster, von der Bevölkerung gut angenommener Beschluss auf Grund der unhaltbaren Parkzustände „gekippt“ wurde. Alternativ hätte hier eine Bewirtschaftung der Parkplätze erfolgen oder ein Anwohnerschutzkonzept erarbeitet werden können. Auch, dass die Verwaltung hier einen ausdrücklichen anders lautenden Beschluss der Bezirksvertretung ignoriere, missfalle ihr sehr. Sie appelliere nachdrücklich an die Verwaltung, künftig mehr Sensibilität in derartigen Fällen zu zeigen.

Mündliche Anfragen

4.1 Oberflächengestaltung Heumarkt Anfrage des RM Tull

RM Tull nimmt Bezug auf die gestrige Sitzung des Gestaltungsbeirates, in der Planunterlagen zur Oberflächengestaltung des Heumarktes vorgelegt wurden und zeigt sich verärgert, dass Beschlüssen der Bezirksvertretung und des hiesigen Ausschusses nicht gefolgt wurde. Sie bitte daher, diese Planungen in der nächsten Sitzung des Verkehrsausschusses vorzustellen.

4.2 Zuwegung zur U-Bahnhaltestelle Rathaus/Rotes Haus Anfrage des SE Vietzke

SE Vietzke berichtet, dass in der gestrigen Sitzung des Gestaltungsbeirates über die Zuwegungen zur U-Bahnhaltestelle Rathaus und zum Aufzug diskutiert wurde. Er bitte um Mitteilung, wann und in welcher Form diese Planungen im hiesigen Ausschuss vorgestellt werden.

BG Streitberger stellt zunächst klar, dass es sich um die Planungen zum Roten Haus handele. Diese seien bereits vor Jahren beschlossen worden und hätten der Verwaltung einige Probleme hinsichtlich der Aufzugsanlage bereitet. Erfreulicher Weise habe der Gestaltungsbeirat den Weg für diese Pläne jedoch in der gestrigen Sitzung geöffnet. Zuständig sei hier der Betriebsausschuss Gebäudewirtschaft. Auf Nachfrage des Ausschussvorsitzenden Waddey sagt er zu, diese Planungen dem hiesigen Ausschuss in der nächsten Sitzung zur Kenntnis zu geben.

4.3 Eisenbahnknoten Köln Appell des RM Möring

RM Möring spricht das im hiesigen Ausschuss schon öfters diskutierte Problem des Eisenbahnknotens Köln an. Am 04. Juni d.J. habe der Europäische Rat und das Parlament – gegen den Widerstand der Bundesrepublik Deutschland - eine Richtlinie verabschiedet, die eine verbindliche Gütertrassenführung in Europa vorsehe. Zwei dieser Trassen laufen durch Köln, so dass diese Trassen bzw. die Benutzung dieser Trassen Vorrang vor allen anderen Schienennutzungsverkehren haben; insbesondere vor dem hiesigen Nahverkehr. Dies habe zur Konsequenz, dass der integrale Taktfahrplan möglicherweise nicht aufrecht erhalten werden könne und somit die Kapazitäten der Rheinquerung weiter eingeschränkt werden. Die Richtlinie sehe zwar eine Karenzzeit von 60 Tagen vor, bis zu der die Trassennutzung für Güterverkehr angemeldet werden müsse. Durch diese Karenzzeit könne jedoch ein Fahrplan, der lange Vorlaufzeiten und eine Gültigkeitsdauer von mindestens einem halben Jahr habe, nicht gehalten werden. Er habe die Frage, was die Verwaltung zu tun gedenke, um dieses enorme Problem zu entschärfen und appelliere auch nachdrücklich an diese, hier massiv einzugreifen; gleichwohl er wisse, dass die Stadt nur begrenzte Möglichkeiten hierzu habe. Die Folgen der verabschiedeten Richtlinie schätze er als sehr fatal ein.

Manfred Waddey
(Ausschussvorsitzender)

Angela Krause
(Schriftführerin)